

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Er erscheint Sonntags
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M.
Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246
Postfachkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Arbeitslosigkeit hat in Deutschland eine katastrophale Höhe erreicht. Nach den Ausführungen des neuen Finanzministers Dr. Reinhold in seiner Programmrede am 10. Februar im Deutschen Reichstag ist die Zahl der arbeitslosen Erwerbslosen von 185 000 Anfang Juli auf 670 000 im Dezember und auf rund zwei Millionen Ende Januar 1926 angestiegen. Rechnet man das bei weitem nicht alle Arbeitslosen durch die Angaben zugrunde liegenden Zählungen der Arbeitsämter erfasst werden und zieht noch die Zahl der Familienangehörigen in Betracht, die durch die Arbeitslosigkeit ernährers in Mitleidenschaft gezogen werden, so das graustige Elend der gegenwärtigen Wirtschaftslage erst ganz zum Ausdruck, wenn man bedenkt, daß über 2,5 Millionen von weitgehender Kurzarbeit betroffen sind, die das Heer der Darbenden noch beträchtlich vergrößern. Die Verheerung der Arbeitslosigkeit und die Verheerung der Not ist vom Problem der dringenden Arbeitslosigkeit und die Inangriffnahme des Wirtschaftslebens zu einer brennenden Existenzfrage für das deutsche Volk geworden.

Der Malerberuf hat als Saisongewerbe von jeher den Unbilden des Winters stark zu leiden gehabt. In normalen Zeiten tausende von Kolonnen der Industrie und andern Berufen und Branchen kommen und dort Erwerbsmöglichkeiten finden. Die gegenwärtige Krise hat aber alles lahmgelegt und gleich die Schärfe den letzten Zudungen der Inflation. Im 4. Quartal des Jahres 1925, wenn auch die Zahl der nicht ganz erreicht wird.

Am Ende Dezember 1925 von 38 110 Mitgliedern in 11 850 oder 81,1 % arbeitslos, so ermittelten den Stichtag am 30. Januar in 147 Filialen zeitig berichtet haben, von 87 107 (davon 198 männlichen) Mitgliedern 14 467 männliche und 40 weiblichen zusammen 14 507 Arbeitslose, das sind 39,1 vom Gesamtmitgliederschaft. Dabei errechnet sich dieser Durchschnitt auf Grund der Ergebnisse einiger weniger Filialen mit ausnahmsweise günstigen Verhältnissen einer großen Zahl von Orten aus dem ganzen Arbeitsgebiet des Deutschen Reiches ist ein weit größeres Prozent arbeitslos vorhanden, ja in einigen Filialen sind fast alle unsere Kolonnen arbeitslos. — Die in der Regel den Lichtverhältnissen angepaßte verkürzte Winterarbeitszeit im Bauwesen ist nicht als Kurzarbeit im landläufigen Sinne anzusehen, da sie auf tariflichen Vereinbarungen beruht. Darüber hinaus ist aber die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit für 1711 männliche und 25 weibliche Berufsangehörige bis zu 26 Stunden die Woche verkürzt, und nicht abwechselnd eine Woche gearbeitet und eine Woche frei.

Nachstehender Tabelle sind die Ergebnisse unserer Erhebungen seit Anfang 1925 übersichtlich zusammengestellt.

Ges. berichteten Filialen	Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose am Schlusse der letzten Monatswoche		
	1925	1926	1925	1926	1925	1926	
150	147	36 404	37 107	4 403	14 507	12,1	39,1
142	—	35 572	—	2 194	—	6,2	—
128	—	34 405	—	677	—	1,9	—
133	—	35 713	—	231	—	0,6	—
131	—	35 765	—	112	—	0,3	—
140	—	38 817	—	280	—	0,7	—
116	—	38 109	—	336	—	0,9	—
135	—	38 037	—	781	—	2,1	—
136	—	40 534	—	1 400	—	3,4	—
140	—	39 416	—	2 789	—	7,1	—
146	—	41 390	—	6 990	—	16,9	—
145	—	38 110	—	11 850	—	31,1	—

Am stärksten ist unser Gewerbe mit am stärksten von den Auswirkungen der verheerenden Krise betroffen. Der lang-

anhaltende, ungewöhnlich harte Winter hat die ohnehin schlechte Geschäftslage noch verschärft. Eine schwache Belebung auf dem beruflichen Arbeitsmarkt ist zwar unüberkennbar, es bedarf aber anhaltend milder Witterung, um fühlbare Erleichterungen zu schaffen. An Objekten, die der renovierenden und verschönernden Hand des Malers warten, fehlt es nicht, wenn nur erst einmal die leidige Geld- und Kreditnot beseitigt ist und — die deutsche Wirtschaft sich so umgestellt hat, daß sie erfolgreich in die Konkurrenz auf dem Weltmarkt eintreten kann.

Die Karten für den laufenden Monat sind versandt. Stichtag ist Sonntags, 27. Februar. Die ausgefüllten Karten sind spätestens bis 6. März an den Hauptvorstand einzusenden. Für den Monat Januar haben nicht berichtet, vom 1. Bezirk: Breslau, Greifswald, Rottbus, Landeshut und Landsberg a. d. W.; vom 2. Bezirk: Koblenz, Marburg und Neuwied; vom 3. Bezirk: Braunschweig und Bremerhaven; vom 4. Bezirk: Bielefeld, Bochum, Essen, Hamm, Remscheid und Siegen; vom 5. Bezirk: Eisenberg und Glauchau; vom 6. Bezirk: Bielefeld, Stuttgart und Ulm; vom 7. Bezirk: Hof, Passau, Schweinfurt und Weiden.

Der ADGB zum Volkentscheid.

Der Bundesausschuß tagte am 8. Februar in Berlin und hat sich in dieser Sitzung mit dem Antrag der Arbeiterparteien auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten eingehend beschäftigt. Die Gründe, die den Bundesvorstand veranlaßt haben, die Vermittlungsaktion zwischen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei zu übernehmen, um eine einheitliche Stellungnahme der werktätigen Bevölkerung gegen die maßlosen Forderungen der Fürsten herbeizuführen, sind bereits bekannt. Im Bundesausschuß wurden die entscheidenden Gesichtspunkte für die Durchführung des Volksbegehrens noch einmal behandelt.

Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tieferechte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies in krassem Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die weite Kreise des Volkes, vor allem aber die Arbeiterschaft, durch die Wirtschaftskrise gestürzt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus vaterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht zu dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung ist die Antwort auf diese ebenso selbstsüchtige wie beschämende Haltung der einstigen Beherrscher des deutschen Volkes.

Aus der Aussprache der Verbandsvertreter im Bundesausschuß war zu entnehmen, daß sich die Gewerkschaften für das Volksbegehren und den Volkentscheid nachdrücklich einsetzen werden. Dabei kam auch zum Ausdruck, daß jeder Mißbrauch dieser Aktion zu durchsichtigen Parteimanövern auf das entschiedenste bekämpft werden wird. Ueber die neuen Bundesgesetze beim Volkentscheid äußert sich der ADGB an anderer Stelle. Die Mitglieder mögen da nachlesen, daß es leider eine Kampfgenossenschaft mit den Kommunisten nicht geben kann. Niemand bedauert das mehr als die Gewerkschaften. Wir erkennen immer und überall wieder, daß diese Vertreter werktätiger Schichten für eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften absolut ungeeignet sind. Darum trifft der nachstehende Beschluß des Ausschusses auch das richtige. Die Führung in diesem Kampf haben die politischen Parteien, da es sich beim Volkentscheid um eine rein politische Angelegenheit handelt, die die Gewerkschaften natürlich nicht ignorieren können und wollen. Der Bundesausschuß legte seine Stellungnahme in folgender Entschlieung nieder:

„Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzentwurfes für eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Der Ausschluß erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschluß fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um dem Volksbegehren und gegebenenfalls dem Volkentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolge zu verhelfen. Für die Aufbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesausschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschluß allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.“

Weiter beschäftigte sich der Bundesausschuß mit der Wirtschaftslage. Die Bemühungen des ADGB, um Wiederherstellung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von Arbeitsstellen und Unternehmern haben deshalb Verhandlungen stattgefunden, die die „Frankfurter Zeitung“ veranlaßt haben, von einer Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft zu schreiben. Das genannte Blatt hat sich geirrt. Die Vertreter des ADGB haben von der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft überhaupt nicht gesprochen. Die Gewerkschaften werden alles daran setzen und sind ständig bemüht, die Not der durch die Wirtschaftskrise schwer leidenden Mitglieder zu lindern. Als Erfolg kann bereits die Zusage der Regierungsstellen auf Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung gebucht werden.

Die Wirtschaftsenquete.

Die Entwicklung unserer Wirtschaft hat schon seit langem eine eingehende Erhebung über die Erzeugung und den Absatz notwendig gemacht. Zweifellos haben sich unsere ökonomischen Verhältnisse gegenüber der Friedenszeit durch Verluste an Rohstoffquellen und Märkten gemäß dem Versailler Vertrag, durch die Inflation, den Verlust unseres mobilen Vermögens und die mit der Stabilisierung eintretende Verkeuerung der Produktion bedeutend verschoben. Ebenso dürfte unbestritten sein, daß sich unsere Wirtschaft bisher den veränderten Vorbedingungen und Voraussetzungen nicht angepaßt hat. Es gilt also, durch eine objektive Untersuchung klar zu erkennen, wie die Dinge heute liegen, um so Weg und Richtung der kommenden Wirtschaftspolitik festzustellen und festzulegen. Das soll der Zweck der kommenden Wirtschaftsenquete sein.

Für den Plan einer allgemeinen Wirtschaftsenquete haben sich vor allen Dingen die Vertreter der Arbeiterschaft im vorläufigen Reichswirtschaftsrat eingesetzt. Sie fanden tatkräftigste Unterstützung durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Erfolg der eingeleiteten Aktion war die Fertigstellung eines Arbeitsprogramms für den Verlauf der Enquete durch den vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Im großen und ganzen gehen die von der Regierung geleisteten Vorarbeiten auf das Arbeitsprogramm des Reichswirtschaftsrates zurück. Sie sind soweit beendet, daß die gesetzgebenden Körperschaften nun an die Beratung eines Gesetzentwurfes für eine Erhebung der deutschen Erzeugungs- und Absatzverhältnisse gehen und wir mit der allgemeinen Wirtschaftsenquete für den Frühling 1926 rechnen können. Die Gewerkschaften sind an der Enquete besonders dadurch interessiert, weil diese wertvolle Aufschlüsse über das Verhältnis von Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsleistung und Wirtschaftsentwicklung geben wird.

Die geplante Enquete kann aber nur dann Wert haben, wenn sie zu einwandfreien und unparteiischen, also objektiven Ergebnissen kommt. Werden dafür keine Garantien geboten, so verliert die Enquete ihre Bedeutung. Wir verweisen nur auf die Textil- und Lederenquete. Beide sollten die Feuerungsursachen auf dem Textil- und Ledermarkt feststellen. Wochenlang hat man da geredet und Stöße von Akten vollgeschrieben mit dem Ergebnis, daß das Resultat gleich Null war. Etwas anderes war bei der Art und Weise, wie in Deutschland Enqueten verlaufen, kaum zu erwarten; einmal waren es die Interessenten, die die Enquete beherrschten und ihre von besonderen Rücksichten diktierten Meinungen durchsetzten. Des andern waren die Enqueten nicht öffentlich. Die Teilnehmer blieben unter sich, was, wie wir später sehen werden, von besonderer Bedeutung ist. Aus diesem Grunde muß der Verlauf der bevorstehenden allgemeinen Wirtschaftsenquete wesentlich anders gestaltet werden, als der Verlauf der bisherigen Enqueten, und zwar würde es sich empfehlen, wenn man die Enquete mehr dem englischen Muster anpaßt, das sich sehr gut bewährt hat. Zweckmäßig dürfte es sich erweisen, die Zahl der Mitglieder der Enquete möglichst zu beschränken. Die Enquete ist ihrer Natur nach eine Untersuchungskommission, sozusagen ein Richterkollegium und keine Interessentenvertretung; deshalb erübrigt es sich wohl, wie man das leider bisher getan hat, Ginz und Kunz als Syndikus dieses und jenes Verbändchens zuzuziehen. Im großen und ganzen wird die Enquete, die in der Hauptsache ein Urteil über die Nichtigkeit oder Unrichtigkeit der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre zu fällen hat, eine Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital werden. Aus diesem Grunde ist die Berücksichtigung solcher Leute geboten, die wirklich Fühlung mit den Betrieben, mit der modernen Arbeiterbewegung haben, ohne daß sie Interessenten sind. Es kann nicht genügen, um diesem Standpunkt Rechnung zu tragen, daß die Regierung abermals Leute wie Dr. Müller und Cohen-Meuf als „Arbeitervertreter“ in die Enquete oder in ihre einzelnen Kommissionen entsendet. Der Beschränkung der eigentlichen Enquetemitglieder muß eine Vermehrung der Sachverständigen

Soll der Junge Maler werden?

Die Zeit der Schulentlassung naht und da erhebt sich für die meisten der im wirtschaftlichen Leben den jungen Menschen die Frage der Berufswahl. Für viele keineswegs leicht zu lösen ist. Hierbei stehen sie sich dabei in den Weg. Da ist zuerst die wirtschaftliche Lage der Eltern, die es oft nicht gestattet, Wünsche der Kinder zu berücksichtigen. Manche mit seinem Lieblingswunsch verzichten, weil der Vater klärt, daß dieser Beruf ein für ihn gesundheitlich günstiger ist. Ein anderer Teil, nämlich der, der Beratung hören, daß gerade der von ihm erwählte schon sehr mit Arbeitskräften überfüllt ist. Sicher ist, daß die Frage des Vorwärtkommens nach der Zeit den meisten Schulentlassenen noch nicht besonders scharf ist.

Wie sieht es nun in unserm Gewerbe aus? Anforderungen stellt es an Körper und Geist des Lehrenden und wie sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen während der Lehrzeit und nach ihr? Der Beruf des Malers wird leider noch vielfach als ein solcher angesehen, der auch von Jungen mit schwachen körperlichen Fähigkeiten ausgeführt werden kann. Man denkt immer nur an die eigentlichen Mal- und Anstreicherarbeiten, ohne zu berücksichtigen, daß auch andere, zum Teil schwere Arbeiten geleistet werden müssen. Gerade die Vorarbeiten, das Putzen mit großen Leitern, die Bohlen und Balken das Abtragen und Abwaschen der Decken und oft in den unmöglichsten Körperstellungen, das Arbeiten in Höhen und Tiefen ist oft äußerst anstrengend. Das Auf- und Ab an Leitern und Gerüsten, das Fortbewegen sogenannter Laufleitern mit den Beinen erfordert Kraft und Gewandtheit zugleich. Dazu kommt, daß beim Malen das Hin- und Herbefahren der Materialien zur Arbeitsstelle mit dem Malerkarren in den meisten Fällen zu befragen hat. Auch schwindelfrei malen muß der Junge sein, der das Malerhandwerk erlernen will, oft kommen Arbeiten an hohen, manchmal schwer erreichbaren Objekten vor.

Die Beschäftigung in Neubauten, besonders Fassaden, Durchfahrten und sonst der Bitterung fähigen Stellen erfordert Gesundheit der inneren Organe. Die bei gewissen Arbeiten starke Staubentwicklung in hohem Maße die Atmungswege des Malers. Gute Gesundheit ist darum bei den Schulentlassenen das Malerhandwerk erlernen wollen, unerlässliche Voraussetzung. Es braucht, nachdem der Maler täglich verschiedensten Farbtönen mischen und unterscheiden muß, betoni zu werden, daß er vor allem über ein gutes und Farbenunterscheidungsvermögen verfügen muß. Einem guten Tastsinn muß er haben, um feststellen können, ob eine Fläche die genügende Glätte hat, weiteres Schleifen und Spachteln notwendig ist. Er wird sich aber der Lehrling aneignen, wenn er vom Meister und den Gehilfen die notwendige Unterstützung erhält.

Auch geistige Regsamkeit und gute Umgangsformen sind mit Voraussetzungen für einen tüchtigen Gehilfen, eventuell späteren erfolgreichen Meister.

Wie sieht es nun mit der wirtschaftlichen Seite des Gewerbes aus? Würden alle notwendigen Arbeiter oder doch in aller Kürze in Angriff genommen, hätte Berufscollegen zweifellos Arbeit. Aus den verschiedenen Gründen ist daran aber nicht zu denken. Da auch mit gerechnet werden kann, daß sich schon in den letzten Jahren die Bautätigkeit erheblich bessert, wird die Konkurrenz in unserm Gewerbe kaum als gut angesehen.

Als ein besonders ungünstiges Moment kommt unser Gewerbe das Zusammendrängen der Arbeitskollegen in Betracht. Viele unserer Lehrlinge sind dadurch gezwungen, sich bereits in anderen Arbeitsgelegenheiten umzusehen. Die großen Lehrlinge, die jetzt im Malergewerbe ausgebildet werden diesen Zustand ganz selbstverständlich noch bevorzugen. Besondere Vorsicht sollten die Eltern auch bei der Wahl der Schulentlassenen in die Lehre geben. Es ist und ist statistisch nachgewiesen, daß die meisten in Betrieben ausgebildet werden, die keinen oder nur übergehenden einen Gehilfen beschäftigen. Das ist manchmal als ein Vorteil angesehen worden, weil der Lehrling dann unter der persönlichen Anleitung des Meisters lernt. Die Praxis sieht aber oft anders aus. Der Lehrling hat sozial Nebenarbeiten zu verrichten, daß er zu eigentlichen Maler- und Anstreicherarbeiten kommen kann. Außerdem haben diese Geschäfte oftmals nur billige, darum aufs einfachste auszuführende Arbeiten. Ein solches Kennenlernen aller Zweige unseres Gewerbes ist in diesen Geschäften ausgeschlossen.

Damit soll aber nicht behauptet werden, daß die Ausbildung in einem größeren Betriebe stets eine bessere ist. Bei diesen Fragen spielt das Verantwortungsgewissen des Meisters dem auszubildenden Lehrling gegenüber eine ausschlaggebende Rolle.

Um sich vor Schaden zu bewahren, sollten alle Lehrlinge das Malerhandwerk erlernen wollen, erst nähere Erkundigungen beim zuständigen Stellenvorstand über die Verhältnisse im Gewerbe einholen, die in Betracht kommenden Lehrmeister einzuholen.

Aus unserm Beruf

Berufsunfälle. Kiel. Am 2. Februar 1926 der Kollege Walter Rosenfeld auf der Arbeit Brauerei "Zur Eiche", infolge eines Fehltrittes circa 4 Meter tiefen Schacht. Verletzung: Becken- und Brustverletzung. Der Anstreicher Kollege Alfred Krohn am 4. Februar 1926 beim Außenbordantrieb an einem stehenden Tankschiff auf einer 8 Meter hohen Leiter. Der Leiter rutschte plötzlich nach der Seite und Kollege Krohn konnte noch rechtzeitig von der Leiter springen, und kam somit glücklicherweise mit einer Verstauchung davon. Das Tankschiff lag in der alten Schleuse bei Holttenau, die von der "Germania"...

so muß von Staatswegen eine Form des Austausches der Waren gesucht und gefunden werden. Aber der Hauptkernpunkt der heutigen schlechten Wirtschaftslage liegt doch darin, daß die kapitalistische Wirtschaftsmacht sich die Staatsgewalt dienstbar gemacht hat; deshalb muß der politische Kampf allein nicht. Das arbeitende Volk muß mehr und mehr den Zusammenschluß als materieller Verbraucher finden. Welche Macht das Volk in dieser Frage hätte, ist kaum auszuwählen. Mit dem ungeheuren Kapital, das heute noch dem Kapitalismus zufließt, sieht sich in der Wirtschaft eine Wirtschaftsmacht gegen den Kapitalismus aufrichten, dem sich alle volkshenlichen kapitalistischen Kräfte unterordnen müßten.

In allen Menschenhirnen muß immer mehr der Gedanke reifen, daß jeder in der Welt ein Recht auf Arbeit hat; aber ein jeder Mensch ist auch verpflichtet zur produktiven Tätigkeit. Nun wird mancher sagen, wenn alle Menschen arbeitspflichtig würden, so wären noch mehr Arbeitslose vorhanden; dem ist nicht so, bekanntlich entsteht aus dem alten wieder neues, das ist der Gang der Zeit.

Diese Zeilen geben einige Hinweise, welche Hemmnungen die Besitzer der Kapitalmacht auf die Wirtschaft haben; um dem erfolgreich begegnen zu können, wäre zu fordern: Da Wertverzeugung die Wirtschaft verlangt, so ist Pflichtarbeit für jeden Staatsbürger Bedingung; systematische Verteilung der Waren durch den Staat und Preisregelung durch diesen; wirtschaftliche Erfassung der Ein- und Ausfuhr des Staates; Verteilung der Lasten auf die Mehrwertproduzenten; systematische Kontrolle der Banken und anderer Geldgeschäfte; Arbeitszeitregelung nach den Bedürfnissen der Wirtschaft auf Grund eines arbeitspflichtigen Gesetzes; Arbeitsentgelt nach den jeweils errechneten Durchschnittssätzen aller Bedürfnisse der Menschen; Besteuerung aller nicht produktiven Tätigen mit dem täglichen Mehrwertbeitrag eines Arbeitenden.

In dem hier Ausgeführten sind selbstverständlich nicht alle Mängel der kapitalistischen Wirtschaft und deren Abwehrmaßnahmen angeführt; um das tun zu können, müßte ein ganzes Buch geschrieben werden. Die Ausführungen sind gemacht worden, um die Kollegen zum Nachdenken über ihre eigene Lage zu bringen. Es muß in jedem Menschen die Überzeugung kommen, daß in dieser Form nicht weiter gewirtschaftet werden darf. Deshalb muß es auch Aufgabe jedes Kollegen sein, den Gedanken des Sozialismus in Wort und Tat öffentlich zu bekennen; nur durch Mut und Tatkraft können wir zum Siege gelangen. G. A.

Der gekündigte Handelsvertrag mit Spanien.

Ein Grund der Wirtschaftskrise.

Bekanntlich hatte sich die deutsche Ausfuhr nach Spanien in außerordentlicher Weise gehoben, nachdem ein Handelsvertrag zustande gekommen war. Auf Drängen der rheinischen Winger wurde der Vertrag leider gekündigt und lief am 16. Oktober 1925 ab. Die Folgen für den deutschen Export kann man als katastrophal bezeichnen. Die Novembereinfuhr nach Spanien sank weit unter den Monatsdurchschnitt des letzten Vierteljahres, hörte zum Teil sogar gänzlich auf. Ein Blick auf die folgende Tabelle wird dies bestätigen. Die Folge der Unterbindung unserer Ausfuhr war selbstverständlich die Stilllegung zahlreicher Betriebe. In geradezu schreckenerregender Weise bekommt jetzt die Arbeiterchaft den Fehler zu spüren, den die Regierung trotz heftigster Opposition der Gewerkschaften begangen hat.

Es betrug die Ausfuhr:

Waren	Im Monatsdurchschnitt d. d. Vierteljahres 1925	Im November 1925
Armaturen	821	181
Bohrer, Ählen usw.	117	50
Zangen	137	25
Mecherzeuge	13	4
Ägde	228	54
Haushaltswirtschaftliche Geräte	113	31
Dienrohre usw.	152	10
Schlösser und Schlüssel	531	60
Solinger Waren	131	63
Metallbearbeitungsmaschinen	2 088	679
Schreibmaschinen	477	23
Kartoffelstärke	427	0
Steinohlen	220 845	29 375
Anilinfarben	627	19
Alizarinfarbstoffe	27	0
Indigo	44	0
Ultramarin	201	0
Bronzefarben	54	3
Lacke	162	19
Fischerzeuge	20	5
Oberleder für Schuhe	45	0
Pigmenter	2 189	0
Lackiertes Rindleder	7 213	0
Feine Lederwaren	7	0
Waren aus weichem Kautschuk	247	26
Geispinnswaren mit Kautschukfäden	10	1
Diverse Hartkautschukwaren	45	7
Besen, Bürsten und Pinsel	25	2
Druckplatten aus Holz	42	4
Räume und Knöpfe aus Zellulose		
Galalith usw.	92	14
Papiertapeten	73	6
Photographisches Papier	92	3
Schreibhefte und dergleichen	125	38
Feuersteine	2 723	320
Porzellanisolatoren	376	65
Porzellangeschirr	992	318
Porzellan	56	22
Weiße Glasflaschen	607	37
Trockenplatten für photographische Zwecke	197	5
Photographische Linsen und Apparate	19	4
Flotierflaschen aus Glas	59	15
Glasinstrumente	113	3
Schienen	1 694	0
Eisenbahnwägen und dergleichen	11 365	212

digen gegenüberstehen. Es kommt nicht darauf an, einen Mann über die Verhältnisse in einer Industrie zu hören, sondern auch des andern Mannes Rede zu vernehmen. Insbesondere wird Wert darauf zu legen sein, daß die Presse den Verhandlungen folgen kann; ebenso muß dem Publikum diese Möglichkeit gegeben werden. Wir sind fest davon überzeugt, daß manche Aussage in unsern Enqueten nicht gemacht worden wäre, wenn sie in Gegenwart eines Stabs von guten Wirtschafts- und Handelsredakteuren gemacht werden müßte. Aus diesem Grunde muß die allgemeine Wirtschaftsenquete auch das Recht der freiwilligen Aussagen vorsehen. Bei den englischen Enqueten erlief man es häufig, daß sich sofort nach einer Vernehmung aus dem Zuhörerraum Stimmen melden, die auf Grund von Geschäftsbüchern und tatsächlichen Vorgängen und Zuständen in Erzeugung und Handel gerade das Gegenteil der eben vollzogenen Aussage feststellen, die man als bare Münze genommen hätte, wenn das Recht der freiwilligen Zeugenaussage nicht gewesen wäre. Daß die Aussagen unter Eid zu machen sind, versteht sich für uns von selbst.

Aus dem Gesagten geht unter anderem die Wichtigkeit der Zusammenfügung der Enquete hervor. Nach den von der Regierung bisher geleisteten Vorarbeiten soll der Reichstag das Vorschlagsrecht haben, während die Regierung auf Grund des Vorschlages des Reichstages die Mitglieder ernannt. Hier muß man die näheren Einzelheiten abwarten, um zu sehen, ob die so geplante Zusammenfügung sich brauchbar erweisen dürfte. Klarer ist schon die Art und Weise, wie die wichtige Unterkommision der Enquete gebildet werden soll, die sich mit den Zusammenhängen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung zu beschäftigen haben wird. Der Vorschlag für diese Sonderkommission geht vom Verein für Sozialpolitik aus. Die Regierung plant, Mitglieder in diese Sonderkommission zu delegieren, die dem Verein für Sozialpolitik angehören. Die Zusammenfügung der Sonderkommission hängt also stark vom Willen der Regierung ab. Deshalb erscheint gerade die Bildung dieser Kommission, die starkes gewerkschaftliches Interesse hat, äußerst bedenklich.

Wirtschaftsformen und ihre Lösungen.

Die derzeitige Wirtschaftskrise drängt auch unsere Kollegen zum Nachdenken und zur Aussprache darüber. Das Ziel jeder gesunden Wirtschaft ist Hebung der Kaufkraft und gleichzeitige Minderung der Preise. Dieses Ziel verfolgt die deutsche Wirtschaftspolitik nur dem Wortlaut nach; im Interesse des arbeitenden Volkes läge es, die Steuerlasten zu mindern, denn 10 % Lohnsteuer, 7 % Krankenkassenbeiträge, 3 % Gewerbesteuerbeiträge und dann noch die Invalidenbeiträge betragen schon den fünften Teil des Arbeitsverdienstes.

Aber die jetzige Produktionskrise ist aus viel tieferen Ursachen entstanden, als es im arbeitenden Volke verstanden wird. In einem Staatswesen, wo die unproduktiven Kräfte das Übergewicht an Zahl erreichen, ist an eine Gesundung der Volkswirtschaft nicht zu denken. Die geleistete Arbeit schafft den Wert des Produkts, ganz gleich, ob es Kartoffeln, Fleisch, Eisenwaren, Baumaterialien usw. sind. Der reine Produktionswert wird aber vom Unternehmer dadurch verändert, daß beim Verkauf willkürlich ein Gewinnanschlag auf das nun zur Ware gewordene Produkt gelegt wird; verteuert wird es, wenn mehrere kapitalistische Gruppen geschlossen, zwangsmäßig enorme Preiserhöhungen vornehmen. Diesen unrettbar geschaffenen Mehrwert steckt der Unternehmer in seinen Geldsack, der Verbraucher trägt dafür die Lasten.

Die schaffenden Menschen sind also die eigentlichen realen Wertzeuger. Wer arbeitsloses Einkommen bezieht, also nicht produktiv tätig ist, kann nicht als Wertzeuger im volkswirtschaftlichen Sinne gelten. — Der Staat, das ist das gesamte Volk, kann nicht existieren, wenn nicht so viele Werte geschaffen werden, um alle dadurch erhalten zu können.

Außer diesen Hindernissen sind noch andere Ursachen, die die Produktion und damit die Wirtschaft hemmen und verteuern. Die gesamte Wirtschaft ist beinahe ein einziges Vorkriegssystem geworden. Der Staat hat nicht genügend Goldzahlungsmittel und greift zur Druckmaschine; die Gemeinden, Aktiengesellschaften usw. suchen ihr Heil in ähnlichen Mitteln; denn der Staat war dabei der Führer; dem kleinen Verbraucher predigt man: hüte dich vor Vorkriegsschulden! Das Aufreizende dabei ist, daß für diese Papierzettel noch hohe Zinsen gezahlt werden müssen, die wiederum Produkt und Ware verteuern.

Eine Eigentümlichkeit hat sich seit Jahren im Staate unheimlich bemerkbar gemacht, das sind die Banken und sonstigen Geldinstitute; der Geldverkehr im kapitalistischen Zeitalter muß Regelung haben, aber der Umfang und die Zahl jener Geschäfte liegt zur Zeit nicht im Einklang mit dem Wirtschaftsbedarf; die Art der Kreditgewährung und die verlangten Vorgänge lasten auf der Wirtschaft; die Konzentration dieser Geldgeschäfte bedroht die ganze arbeitende Bevölkerung und es ist an der Zeit, daß die Arbeiterchaft sich eigene Banken anlegt, um nicht einmal laiengeleitet zu werden.

Ein anderer Uebelstand in der Wirtschaft besteht darin, daß die Verteilung der Ware durch zu viel Stellen geht. Ware, die oft den Zwischenhandel durchläuft, muß teurer werden; denn jeder will verdienen und davon leben. Diese ungesunde Mehrwertverwertung — so muß man es bezeichnen — zeigt an einem einzigen Beispiel, wie hoch die Verteuernng werden kann. Die vorjährige Statistik über die erzielten Preise der Erzeuger der landwirtschaftlichen Produkte gibt zu denken. Die Statistik sagt, daß die Erzeuger 8500 Millionen Mark erhielten; die Verbraucher haben aber 17 506 Millionen dafür gezahlt. Dies ist geschehen bei Produkten, von denen jede Frau täglich kauft, also eine gewisse Preiskontrolle ausüben kann. Wie hoch mögen wohl die Gewinne der Textil-, Eisenwarenhändler usw. gewesen sein? Der Krieg hat diese neuen Zwischenhändler herbeigeführt, es lebt sich viel angenehmer als selbstherrlicher Verkäufer, als wenn man beim Unternehmer kaufen müßte; für den einzelnen ist es eine beachtenswerte Lehre: Der Staat bekümmert sich nicht um den Hungerigen und die Armut; das liegt so im Wesen des Menschen und der kapitalistischen Welt.

Aus dem Gesagten ist erkennbar, daß nur produktive, Rechte schaffende Arbeit des gesamten Volkes die Wirtschaft heben kann. Da Kapital und Wirtschaft international sind,

endoc benutzt wird. Die Arbeit in diesem Berleghen ist alles andere als angenehm. Die Schleusen sind nicht wogerecht, sondern höhl, was zur Folge hat, das Wasser nicht vollständig ausgepumpt werden kann, schon vorgekommen, das sich die Maler, um unter Schiff arbeiten zu können, Fische heuen muhten. können, weil kein ebener Fußboden vorhanden ist, gestellt werden. Bewunderlich ist, wo doch die Ziel der Deutschen Werke L. G. große und einmünd- erodenbocks zur Verfügung hat, das die „Germania“ ein solches Mstrum von Dod in Betrieb hält. hien auf die Gesundheit der Arbeiter werden leider den Reueinrichtungen nicht genommen. Unfälle in durch seitliches Verrutschen der Anlegeleitern beim chen von Schiffsböden werden immer zahlreicher. Kollegen sind der Ansicht, das, wenn schon von leitern aus gearbeitet werden muß, diese Leitern auch igenart der Arbeit entsprechend konstruiert sein. — Am 8. Februar 1926 verunglückte der im Gas- Gutin beschäftigte Kollege Max Wilupski Valente durch Ausrutschen der Leiter. W. erlitt ungen an Brust und Oberschenkel.

erlin. (Delegiertenversammlung vom ar 1926.) Eingangs der Tagesordnung begrüßte rührende den Kollegen Blum, der seit 25 Jahren er der Filiale ist und während dieser ganzen Zeit litemen Pflichter seine Tätigkeit entfaltet hat. der Jungen sei es, ihm nachzueifern und mit der- unermüdblichen Arbeitskraft sich jederzeit für die sation zur Verfügung zu stellen. Lebhafter Beifall diesen Begrüßungswörtern. Nunmehr erkrankte Schiemann den Quartalsbericht, der zeigt, das Ende August die Krise innerhalb unseres Gewerbes ht hat. Im September muhten Kollegen 14 Tage Wochen auf dem Nachweis eingeschrieben sein, ehe mittelt wurden. Während nun politische Parteien nme und Versprechungen aufstellten, werden die z weads Einlösung der Forderung den Gewerkschaften ht. Wenn auch gegenwärtig über 8000 Arbeitslose m Nachweis sind haben wir keinen Anlaß zur amalerei. Während früher in Berlin 80 000 Handels- eingetragten waren, sind gegenwärtig 82 000 vor- Unter diesen Umständen ist es erklärlich, wenn reisenkung stattfindet. Beträgt doch der Kartoffel- eim Landwirt 2 bis 2,80 M. bei den Verkäufern in oststädten 4,50 bis 5 M. Keine Regierung unter- den Großhandels, der ungemein preistreibend Die größte Zahl der im Frühjahr selbständig Ge- en hat im Herbst den Laden wieder zuemacht. Mit hind in Arbeiterkreisen die Frage aufgeworfen, was werkschaften zur Vinderung der Arbeitslosigkeit und Beschaffung von Arbeit getan haben. Redner er- daß die von unserm Gewerbe herausgegebenen en, betr. Beschaffung von Arbeit, für Berlin wenig gehabt hätten. Vom Magistrat der Stadt Berlin ten wir Vereinstellung von Mitteln zur Ausführung diger Renovierungsarbeiten. Es wurde erreicht, das 2 Millionen Mark für Groß-Berlin bereitstelle. Es n auf jedes Bezirksamt ungefähr 80.000 M. Des- wurde mit Magistrat und Oberpräsidenten ver- zweads Ausführung von Nachhandarbeiten. Hierbei ich, das eine Behörde der andern Untätigkeit vor- bis Dezember war die bürokratische Maschine noch weit, um dem Oberpräsidenten geeignete Vorlagen Benehmigung und Anforderung von Mitteln ein- zu können. Nachdem die Gewerkschaften den not- in Druck mit Unterstützung der Öffentlichkeit ein- ging die Ausarbeitung und Bewilligung innerhalb Tage vor sich. Staatskredite wurden beim Wohl- inisterium mit Unterstützung der Gewerkschaften Ausführung sachgewerblicher Arbeiten angefordert. dies auch nur Palliativmittel, so sind sie aber rderlich, um wenigstens einem kleinen Teil die igen Unterhaltsmittel zu verschaffen. Arbeits- sfunq ist die erste Forderung, die wir stellen. rüber hinaus auch den von der Wirtschaftskrise nen eine ausreichende Unterstützung gezahlt werden selbstverständlich. Wenn die Regierung Millionen- für tote Industrien bereithält, muß auch den Er- en ausreichende Unterstützung zuteil werden. Durch lung mit dem Landesarbeitsamt und dem Ober- len wurde erreicht, das die Dauer der Unterstützung Wochen auf 20 Wochen erhöht wurde. Gegen- wird darüber verhandelt, die Höchstdauer auf en festzusetzen. Die Verhandlung gestaltet sich des- ußerst schwierig, weil große Widerstände bei Arbeit- owie bei den Behörden zu beseitigen sind. Die ber sind teilweise der Auffassung, das bei Arbeits- ng die arbeitslosen Meister zunächst berücksichtigt müssen, die dann mit ihren Lehrlingen die zu ver- Arbeiten ausführen würden, während wir der g sind, das die zu vergebenden Arbeiten an Firmen er werden müssen, die auch tatsächlich Gehilfen gen. Die Berliner Ortsverwaltung hat den Nach- bracht, das sie rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen eitung der Erwerbslosigkeit gefordert hat, und er Fehlschläge nicht locker ließ, bis diese auch durch- wurden. In einer Reihe von Industrien waren wir treifis beteiligt, die die Abwehr der Lohnreduzierung en. Nur starke Gewerkschaften können reaktionäre se zunichte machen. Die in einigen Betrieben noch de Ueberarbeit wurde durch Verhandlung unter- Nicht Resolutionen und Parolen, sondern praktische it sei notwendig, um bessere Verhältnisse zu schaffen. tegiertenversammlung erklärte sich mit den Aus- en einverstanden und nahm darauf ein äußerst ves Referat des Genossen G einig über die Wirt- ge Deutschlands entgegen. Er verstand es meister- e Zuhörer in die Probleme der Wirtschaft ein- e. Allseitige Zustimmung ertönte am Schluß seiner ungen. Auch hier wurde von einer Diskussion Ab- nommen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher ungen wurde die Konferenz geschlossen.

Am 18. Januar fand unsere gut besuchte versammlung statt. Aus dem Jahresbericht ist zu

entnehmen, das das Jahr 1925 uns einen guten Schritt vorwärts gebracht hat. Die Arbeit setzte schon anfangs Februar ein und hielt bis Oktober gut an. Dann folgte anhaltende Arbeitslosigkeit. Durch erhebliche Entlassungen in der Industrie stieg die Arbeitslosenzahl auf 824 am 1. Januar 1926. Zwecks Beschaffung von Arbeiten wurden vom Vorstand, gemeinsam mit den Arbeitgebern, Gin- gaben an die Behörden gemacht; die Stadt hat hierauf in den Weihnachtswochen Schularbeiten ausführen lassen, wodurch 100 Kollegen 8 Tage beschäftigt werden konnten. Der Lohn, durch das Haupttarifamt geregelt, stieg auf 1,06 M am 10. Juli. In der Industrie wird von unsern Kollegen vorwiegend im Akkord gearbeitet. In den Zahl- stellen Rimbürg und Okerode muhten die Kollegen, um ihre Forderungen durchzusetzen, in den Streik treten, der mit Erfolg beendet wurde. Der Mitgliederbestand hat im Laufe des Jahres um 158 Kollegen zugenommen. Aus dem Kassensbericht ist zu entnehmen, das an 188 arbeits- lose Kollegen Erwerbslosenunterstützung und an 86 kranke Kollegen Krankenunterstützung gezahlt wurde. Der finan- zielle Bestand der Filialkassen hat sich im Berichtsjahr gut entwickelt. Die Versammlungen waren im Durchschnitt gut besucht. Unter anderem wurden 4 beherrschende Vorträge gehalten. Es sprachen der nunmehr verstorbene Genosse Kaufmänn, Hamburg, über „Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsleistung“, Kollege Reinert über „Die Gewerkschaften, Gesetzgebung und politische Vertretung der Arbeiterinter- essen“, Kollege Brinkmann über „Farbe im Stadtbild“ und der Genosse Friische hielt einen Filmvortrag über den „Hannoverschen Konsumverein“. Zu dieser Versammlung waren auch die Frauen der Kollegen eingeladen. Außerdem fand im Oktober eine Zahlstellenkonferenz statt. In der anschließenden regen Aussprache erboten sich die Kollegen zur regen Mitarbeit bei der im Frühjahr einsetzenden Agitation. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

Rönigsberg i. Pr. Am 28. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung statt, in der uns Kollege Schwarz im Jahresbericht 1925 ein Bild von dem stetigen Wachsen unserer Filiale gab. Er stellte fest, das bei Beginn des Jahres 1925 die Mitgliederzahl nach bezahlten Beiträgen 404, dagegen am Schluß des vierten Quartals 649 betrug. Es ergibt sich daraus, das der Mit- gliederbestand ein gesunder ist. Weiter streifte der Redner die Lohn- und Tarifverhandlungen und betonte, welch fromme Wünsche die Arbeitgeber haben. Das Verhalten der Arbeitgeber zeige, das nur ein geschlossenes Zu- sammenhalten diese Absichten durchkreuzen könne. Daher ist es unbedingt Pflicht eines jeden, dafür Sorge zu tragen, das auch der letzte uns noch fernstehende Kollege der Organisation zugeführt wird. Für die Lehrlingsorganisa- tion ist trotz mehrfacher Versuche der Arbeitgeber, dagegen zu wirken, der Grundstock gelegt und sie ist auch ver- hältnismäßig gut ausgebaut. Aber auch hier soll und muß noch sehr rege gearbeitet werden. Ebenso ist für das „Nachblatt“ recht fleißig Propaganda zu entwickeln. Die Betriebsrotwahlen erluchte der Redner in diesem Jahre energischer durchzuführen. Einige Meister leiden offen- sichtlich an der chronischen Krankheit des Nicht-Lohnzahlens. Die Verwaltung hat sich daher gezwungen gesehen, dies durch den Offenbarungseid aus der Welt zu schaffen. Mit einem Appell an die Kollegen, weiter zu helfen, die Orga- nisation auszubauen, beendete Kollege Schwarz seine sach- lichen und verständlichen Ausführungen, die ohne Diskus- sion von der Versammlung entgegengenommen wurden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Unter Punkt 2 der Tagesordnung wurde die Neuwahl der Orts- verwaltung vorgenommen, die bis auf zwei Neuwahlen in ihrer bisherigen Besetzung wiedergewählt wurde. Der dritte Punkt der Tagesordnung brachte außer örtlichen Fragen eine Resolution, die zur Durchführung des Volks- entseides zur Enteignung der fürstlichen Freibeuter auf- fordert.

Baugewerbliches

Konferenzen der Baukontrolleure. In den kommenden Wochen sollen fünf vom Vorstand des DGB. ein- berufene größere Konferenzen der Baukontrolleure tagen, in denen über die Tätigkeit und Befugnisse der Bau- kontrolleure gesprochen und Erfahrungen ausgetauscht wer- den sollen; ferner soll eine einheitliche und nuzbringende Tätigkeit und engere Fühlungnahme der Baukontrolleure herbeigeführt werden. Es sollen aber außer den Baukontrol- leuren auch Vertreter der für den Bauarbeiterchutz in Frage kommenden Gewerkschaften, die örtlichen und Landesbau- arbeiterchutzkommissionen sowie unsere parlamentarischen Vertreter daran beteiligt sein, so das ein größerer Kreis von Teilnehmern von vornherein gesichert ist. Auch unser Ver- band wird die in Betracht kommenden Vertreter entsenden.

Die Konferenzen finden statt in:

- Stuttgart am 28. Februar 1926 im Gewerkschaftshaus, Festsaal, Gßlingerstraße 19, Beginn 9 1/2 Uhr.
- Leipzig am 7. März 1926 im Volkshaus, Garten- saal, Beizer Straße 32, Beginn 9 1/2 Uhr.
- Berlin am 14. März 1926 im Gewerkschafts- haus, Saal 1, Engelauer 24/25. Beginn 10 Uhr.
- Hamburg am 21. März 1926 im Gewerkschafts- haus, Wefentinderhof 57, Beginn 9 Uhr.
- Rön am 28. März 1926 im Gewerkschafts- haus, Saal 1, Severinstraße 199; Beginn 10 Uhr.

Als Tagesordnung in allen Konferenzen ist vorgesehen zunächst ein Vortrag des Bauarbeiterchutzsekretärs Genossen Sachs über die Aufgaben der Baukontrolleure bei der Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe. Ferner soll gesprochen werden über die Zusammenfassung der Bauarbeiterchutzbestrebungen in den betreffenden Bezirken. Hierzu wird auf jeder Konferenz ein Ländervertreter den einleitenden Vortrag halten.

Gewerkschaftliches

Zur Schulentlassung. In kurzer Zeit entläßt die Schule wieder viele Kinder in das Berufsleben. Die Ent- scheidung für einen Beruf wird nicht immer leicht sein, und es hat sich später oft gezeigt, das junge Menschen für den erwählten Beruf nicht die Eignung besaßen, um den beruf- lichen Anforderungen völlig gerecht zu werden. Nirgendwo ist mehr Vorsicht geboten, als bei der Berufswahl. Alle Eltern, die die Absicht haben, ihre schulentlassenen Kinder dem laufmännischen Berufe zuzuführen, wenden sich aus diesem Grunde rechtzeitig an den Zentralverband der Angestellten. Er erteilt in allen Fragen der Berufs- wahl kostenlose Auskunft. In über 700 Orten befinden sich Geschäftsstellen oder Gruppen des Verbandes. Sonst ist auch die Hauptgeschäftsstelle in Berlin SO 26, Orantenstraße Nr. 40-41, zu allen Auskünften gern bereit.

Reinigungsfreiheit der gewerblichen Lehrlinge. Die Arbeiterkammer Bremen, bekanntlich das einzige in Deutschland bestehende Institut dieser Art, ist berechtigt, zu allen die Arbeiterschaft betreffenden Dingen und Vorkomm- nissen Gutachten und Anregungen zu geben. Eine Reihe bereits vorliegender Gutachten beweisen, wie weitverzweigt und vielgestaltig die Tätigkeit einer solchen Kammer ist. Einem Gutachten über die Reinigungsfreiheit der gewerb- lichen Lehrlinge entnehmen wir das Folgende:

„Wie der Nr. 2 des amtlichen Organs der Gewerbe- kammer Bremen zu entnehmen ist, ist in das von der Ge- werbekammer herausgegebene Lehrvertragsformular unter „Besondere Bestimmungen“ die Vorschrift aufgenommen, das der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrherrn Vereinigungen irgendwelcher Art nicht beitreten darf. Die unterzeichnete Kammer gestattete sich nun, die Gewerbekammer darauf hin- zuweisen, das diese Vertragsbestimmung eine Abrede dar- stellt, die die im Artikel 159 Satz 1 der Reichsverfassung „für jedermann“ garantierte Reinigungsfreiheit einschränkt und demzufolge nach Satz 2 des Artikels 159 rechtswidrig ist. Die Rechtswidrigkeit dieser Vertragsbestimmung bewirkt nicht nur ihre Nichtigkeit, sondern sie macht auch den Lehrmeister im Falle der vorzeitigen Lösung des Lehrverhältnisses in- folge Nichteinhaltens der Abrede schadenersatzpflichtig gemäß § 223 Absatz 1 des BGB. Die Arbeiterkammer erwartet, das die Gewerbekammer diesen Hinweis zum Anlaß nehmen wird, die rechtswidrige Bestimmung wieder aus dem Ver- tragsformular zu entfernen und, soweit die Vertragsformu- lare schon verteilt sind, die Innungen darauf aufmerksam zu machen, das die Bestimmung nichtig ist und irgendwelche Fol- gerungen aus ihr nicht gezogen werden dürfen. Darüber hinaus hält es die Arbeiterkammer für unerlässlich, das die- jenigen Lehrmeister, die bereits ein neues Formular zum Abschluß eines Lehrvertrages verwendet haben, angehalten werden, ihren Lehrlingen beziehungsweise deren Eltern mit- zuteilen, das die entsprechende Vertragsbestimmung hinfällig ist und die Lehrlinge ohne Genehmigung ihres Lehrherrn jedweder Vereinigung beitreten können.“

Genossenschaftliches

Großhandel und Genossenschaften. Der Kampf um die Rundschaft hat im Zeichen der an- dauernden Wirtschaftskrise schärfere Formen bekommen als je. Erklärlicherweise. Denn der Verbraucher ist der eingeborene Arbeitgeber der Produktion und des Handels. Er steht über diesen beiden Formen des Wirtschaftslebens, und wenn er mit organisiertem Bewußtsein seine Konsum- und Kaufkraft auf die Wirtschaftsunternehmen kon- zentriert, die nach Qualität, Preis und sozialen Be- dingungen seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen und hauswirtschaftlichen Interessen entsprechen, dann haben die andern ganz einfach das — Nachsehen. Die stärksten In- dustrie- und Handelsartelle, soweit sie in Produktion und Handelsbetrieb auf die Hauswirtschaft eingestellt sind, zer- brechen an dem Willen des Verbrauchers, wenn er sich mit Millionen andern auf ein bestimmtes Ziel konzentriert. Darum ist es auch verständlich, wenn der Kampf gegen die Genossenschaften im allgemeinen und gegen die Konsum- genossenschaften im besondern ein organisierter Kampf ge- worden ist. Diese Tatsache verleiht nicht nur dem Kampf an sich, sondern seinem Objekt die große Bedeutung, die ihm ohne weiteres innewohnt. Und der Zentralverband des deutschen Großhandels weiß sehr wohl, warum er seine organisierte Stoßkraft vor allem gegen die Konsumgenoss- schaften richtet. Denn sie verkörpern organisiertes Wirt- schaftslieben und vertreten eine neue Wirtschaftsform, die der privatwirtschaftlichen direkt entgegengesetzt ist.

So ist im letzten Viertel des verfloffenen Jahres be- kannt geworden, das der Zentralverband des Großhandels bei einer Tagung in Berlin dem Genossenschaftswesen offenen Kampf angesagt hat. Was nicht ohne Bedeutung ist, wenn man weiß, das kein parlamentarischer Einfluß auf die bürgerlichen Parteien des Reichstags stark genug war, um die Doppelbesteuerung der Genossenschaften beim Warenumsatz aufrechtzuerhalten. Der für die Tagung ver- öffentlichte Geschäftsbericht dieser größten und einfluß- reichsten privatwirtschaftlichen Handelsorganisation geht bei seiner Kampfanlage davon aus, „das die Genossenschafts- frage für den Großhandel an Bedeutung und Ernst ständig zunehme“. Infolgedessen wurde eine Genossenschaftskom- mission gebildet, die den Beschluß faßte, das der Zentral- verband des Großhandels „mit erhöhter Aktivität seine wirtschaftspolitische Tätigkeit auf dem Gebiete der Genossenschaftsbekämpfung fortsetze“ und das derselbe „insbesondere dann seinen ganzen Einfluß einsetze, wenn er durch Nachverbände erjucht wird, bei der Lösung des Genossenschaftsproblems durch Einwirkung auf die Industrie mitzuwirken“.

Die Kampfanlage in dieser Form ist äußerst interessant; denn sie enthüllt nicht nur die Interessengemeinschaft von Industrie und Großhandel und der für beide Wirtschafts- zweige vorhandenen Kartelle, sondern auch die Quellen der willkürlichen Preissteigerungen, von denen die Verbraucher- massen dann und wann überrascht werden. Diese ganze Stellungnahme paßt wunderbar zu der Politik des Preis-

abbaut, und wer heute noch daran glaubt, daß Industrie und Großhandel sich dazu hergeben, auch nur ein Zota von ihrem angestammten Profitrecht abzulassen, zahlt einen teuren Preis für seinen Glauben, als er es ohnehin tun muß. Wenn man so sieht, wie bitterernt es dem Großhandel und der Industrie ist, bei der „Lösung des Genossenschaftsproblems mitzuwirken“ und diese Lösung in einem „Kampf bis aufs Messer“ — will heißen: um den letzten Stübchen — sucht, so wird man annehmen müssen, daß vor allem die sozialistisch und gewerkschaftlich organisierten Verbrauchergruppen daraus die Erkenntnis gewinnen, daß es sich um ihre Sache handelt.

Die Konsumgenossenschaften und ein guter, treuer Stamm ihrer Mitglieder kennen Bedeutung und Einsatz dieses Kampfes wohl: Denn gelangt es, die Konsumgenossenschaften in nennenswertem Maße von der Warenverteilung auszuscheiden und die guten Ansätze zur gewerkschaftlichen Nahrungsmittelproduktion zu zerstören, so würden Industrie- und Handelskassette zusammen mit dem auch schon sehr gut organisierten, auf alle Fälle aber vom Großhandel abhängigen Kleinhandel eine Preisdiktatur einrichten, daß den Verbrauchern Hören und Sehen verginge. Und es würde sich nicht zum zweitenmal ein deutscher Reichsfängler finden können, der der Privatwirtschaft ins Stammbuch schriebe, „daß die Warenpreise bei den Konsumgenossenschaften um mindestens 5 % niedriger seien, als beim Privathandel“. Denn es ist ganz sinngemäß und in völliger Übereinstimmung mit dem energievollen Prinzip der Genossenschaftsbekämpfung bis zur sogenannten „Lösung des Genossenschaftsproblems“, wenn der Großhandel, ohne Einwirkung von Staats wegen frei seinen Gewerbebetrieb betätigen, das heißt, unter Mitwirkung der Industrie die Profiteure von dem Verbraucher fordern will, der seinem Willen — nicht seinen Leistungen — angepaßt erscheint.

Daß ihm bei der Erreichung dieser Monopostellung für die Preisbildung die Konsumgenossenschaften im Wege stehen, stellt diesen auf alle Fälle das Zeugnis aus, daß sie nicht nur um die bekannten 5 % des Reichsfänglers Luther billiger sind, sondern daß sie in noch größerem Ausmaß als Preisregulatoren wirken, als die große Öffentlichkeit nur ahnt.

Und darum nehmen die Konsumgenossenschaften den Kampf, der auch ein parlamentarischer — bei der Steuer- gesetzgebung des Reiches und der Länder — sein wird mit dem Vertrauen in die Verbrauchergruppen auf, daß sie wissen, worum es geht. Wenn irgendwie, irgendwo und irgendwann die Verbrauchergruppen verhindern wollen, daß sie nur ein Spielball in der Preisfrage von Industrie und Großhandel sein sollen, statt bestimmend durch ihre konzentrierte Konsum- und Kaufkraft bei der Preisbildung mitzuwirken, dann muß ihre Kampfparsole nun erst recht lauten: Sinein in die Konsumvereine!

Sozialpolitisches

Nationalisierung und Lohnhöhe. Die Nationalisierung soll das Mittel sein, die Produktion zu verbilligen und somit die Kaufkraft des Volkes auf dem Wege der Preisverbilligung zu heben. Daß es aber auch Unternehmer gibt, die den entgegengekehrten Standpunkt vertreten, lehrt folgendes Zitat aus der Kritikerzeitschrift Konjunkturaussichten der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Dort schreibt ein Unternehmer der verarbeitenden Industrie unter anderem: „Will man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, so muß man die Zwangswirtschaft im Lohnwesen restlos beseitigen... Der vielfach mit Nationalisierung bezeichnete Prozeß der Stilllegung, Aufhebung und Zerstörung von Betrieben hat in Wirklichkeit nichts mit Nationalisierung zu tun... Ein großer Teil dieser sogenannten Nationalisierungsmaßnahmen wäre nicht erforderlich, wenn die Wirtschaft bei freier Lohnbasis, bei angemessenen sozialen Abgaben, Steuern und Frachttarifen arbeiten könnte. Es ist ein Unding, auf der einen Seite dauernd Betriebseinrichtungen zu treffen, die die Festlegung großer Kapitalien, deren Verzinsung und Amortisation erfordern, bloß um den Lohnanteil an der Warenerzeugung herunterzudrücken, während auf der anderen Seite Tausende Arbeiter brotlos werden, weil die Wirtschaft die geforderten Löhne nicht zahlen kann, einen etwas niedrigeren Lohnsatz aber wahrscheinlich tragen könnte.“ Dieser Industrieschmerz der fertigverarbeitenden Industrie kalkuliert ganz einfach folgendermaßen: Die Nationalisierung setzt Arbeitskräfte frei und vermindert dadurch das Lohnkonto. So erfreulich letzteres ist, so gäbe es doch noch viel einfachere Wege, um zu diesem Ziele zu kommen; diese liegen in einer generellen Lohnermäßigung. Dann würde das Lohnkonto ebenfalls ermäßigt und man hätte nicht notwendig, auch noch kostspielige Anlagen zur Durchführung der Nationalisierung anzuschaffen. — Es wird notwendig sein, den deutschen Unternehmern klarzumachen, daß eine Nationalisierung gestoppt bleiben kann, die nicht eine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung der Lebenslage der großen Masse zum Ziel hat. Es ist immer das alte Lied: Die erbärmliche Lage der Arbeiterklasse durch Lohnföhrung noch tiefer herunterzudrücken, aber an den ungeheuren Einkommen der Großunternehmer, Aktionäre, Direktoren usw. soll nicht getüttelt werden.

Die Arbeitsmarktlage hat sich im Monat Januar weiterhin außerordentlich verschlechtert, wenn auch die Zahl der Arbeitslosen nicht so sprunghaft zunahm wie im Dezember. Mitte Januar wurden 1 762 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge gezählt. Die Zahl der Ausgeschiedenen wird auf eine halbe Million, die der Kurzarbeiter auf weit über 1 1/2 Millionen veranschlagt. In das zweifelhafte 4 Millionen Reichchen bezugsfähiges Material. Die höchsten Ziffern Erwerbsloser zeigen Berlin, Hamburg, Rheinland-Westfalen, Sachsen. Der Bergbau, die Schwerindustrie und das gesamte Baugewerbe haben den höchsten Prozentsatz an der Arbeitslosigkeit.

Angesichts dieser Tatsachen stand in der letzten Zeit die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosenelende im Vorder-

grund. Die Fälle der Erwerbslosenfürsorge erfuhren am 1. Januar 1926 eine Erhöhung um 20 % für die Hauptunterstützten, um 10 % für die Zuschlagsempfänger, während von der Sozialdemokratie eine Steigerung um 50 % gefordert worden war. Ferner gelangte ein Gesetz zur Verabschiedung, das die Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 6000 M in die Erwerbslosenfürsorge einbezieht. Eine Verordnung vom 18. Januar beschränkt für die Land- und Forstarbeiter die Beitragsbefreiung von der Erwerbslosenfürsorge. Während bisher keine Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge gezahlt zu werden brauchten, wenn es sich um langfristige Arbeitsverträge handelte, wird jetzt eine Befreiung gewährt, nur, wenn solche Verträge in Schriftform vorliegen, oder wenn bei tariflich geregelten langfristigen Arbeitsverträgen eine von beiden Parteien unterzeichnete schriftliche Zustimmung zu den tariflichen Regelungen vorgelegt wird. Durch einen Erlaß vom 11. Januar wurde die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an Saisonarbeiter, besonders an die Bauarbeiter erleichtert. Dringend erforderlich ist die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung an die Kurzarbeiter. Zu einer einmaligen Beihilfe für die ausgebezahlten und nicht unterstützten Arbeitslosen sollen 5 Millionen Mark durch die Wohlfahrtsämter bereit werden. Ferner bestimmt eine Verordnung die Errichtung einer Reichsausgleichskasse, die eine übermäßige Belastung einzelner Gemeinden durch Erwerbslosenunterstützung verhindern soll. Von dem jetzt für das ganze Reich einheitlich auf 3 % des Grundlohnes festgesetzten Erwerbslosenunterstützungsbeitrag wird 1 % des Grundlohnes an die Reichsausgleichskasse abgeführt werden. Wegen der besonders großen Beschäftigungslosigkeit im Ruhrgebiet sind für die Unterstützung der durch die Ruhrbesetzung erwerbslos gewordenen Arbeiter neue Regelungen getroffen worden. Allgemein versuchen die öffentlichen Körperschaften, umfangreichere Hilfsarbeiten in Angriff zu nehmen. Die Beihilfe des Reiches für solche Zwecke ist für Gemeinden mit besonders großer Arbeitslosigkeit (über 2 % der Einwohner) erweitert worden.

Förderung oder Hemmung der Wohnbautätigkeit? Der Antrag der Zentrumspartei, der die Behebung des Wohnungsbaues durch Erleichterung seiner Finanzierung befürwortet, ist aus allgemeinen Gesichtspunkten zu begrüßen. Dem Standpunkt der Gegner des Wohnungsbauprogramms, der kürzlich im „Magazin der Wirtschaft“ dargestellt und verteidigt wurde, können wir nicht beitreten. Das wirtschaftliche Hauptargument gegen den Wohnungsbau lautet folgendermaßen: „Eine Million Mark, die zum Wohnungsbau verwendet wird, schafft einer bestimmten Zahl von Unternehmern und Arbeitern einmahlige Arbeit und Verdienst. Diefelbe Million, verwendet in jener industriellen und agrarischen Rationalisierung, die aus Geldmangel so vielerorts nicht durchgeführt werden kann, erzielt dieselbe Wirkung dauernd.“ Hier wird aber eine zu starre Auffassung des wirtschaftlichen Prozesses entwickelt, der man in dieser Form nicht beipflichten kann. Was die zeitliche Folge anbelangt, so kann die Förderung der Bautätigkeit sofort Arbeit und Beschäftigung verschaffen, während die Ergebnisse der vermehrten Rationalisierung, die nicht auf besserer Organisation der Unternehmungen, sondern auf Neuanschaffungen von Maschinen usw. beruht, sich erst nach längerer Zeit zeigen können. Wenn auch diese Art der Rationalisierung sehr notwendig ist, so kann doch die Wirtschaft nicht so lange in stagnierendem Zustand verharren, bis die Rationalisierung ihre Früchte trägt. Zumal weil die Vermehrung der Arbeitslosigkeit geeignet ist, auch die Kapitalneubildung, die zu Rationalisierungen verwendet werden soll, durch Verlangsamung der Produktion und durch den Rückgang der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten zu unterbinden, während die Erwerbslosenunterstützungen ebenfalls Kapitalien der produktiven Verwendung entziehen. Dazu kommt noch, daß die steigenden Gewinne, die die Industrien für Baumaterialien dank der vermehrten Bautätigkeit erzielen, ebenfalls zur Rationalisierung dieser Unternehmungen beitragen können. Zur Rationalisierung der Wirtschaft gehört aber auch die bessere Ausnützung der Arbeitskraft. Diese ist aber auch von gesunden Wohnverhältnissen mitbestimmt. Abgesehen also von der sozialen Seite, stehen auch die wirtschaftlichen Erwägungen nicht gegen die Wohnbautätigkeit. Sowieblich muß allerdings anerkannt werden, daß es auf die Ermittlung des richtigen Verhältnisses ankommt, welche Teile der verfügbaren Kapitalien dem Wohnungsbau zugeführt werden können und welche andern Zwecken vorbehalten bleiben müssen. Der Wunsch, daß der Wohnungsbau der privaten Initiative überlassen bleibe, während sich die öffentlichen Hände von ihm fernhalten sollen, kann aber nicht aufrichtig gemeint sein: ist doch allgemein bekannt, daß unter den heutigen Verhältnissen umfangreichere Wohnungsbauten ausschließlich aus öffentlichen Mitteln ausgeführt werden können.

Vom Ausland

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund, dessen Mitgliederbestand infolge der Wirtschaftskrise der ersten Nachkriegszeit ebenfalls zurückging, verzeichnet erfreulicherweise seit einiger Zeit, nach dem I. G. B., wieder steigende Mitgliederzahlen, und zwar besonders in den kleineren Verbänden, so unter den Tapezierern, Schauspielern, Friseurn, Klempnern und Postbureauangestellten. Von den grösseren Verbänden zeichnen sich besonders aus: die Musiker, Maler, Typographen, Fuhrleute und Zimmerleute. Die Gesamtmitgliederzahl des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes stellt sich zur Zeit auf 2878297. Nachstehend die zehn größten Verbände mit ihren Mitgliederzahlen: Bergleute 400000, Zimmerleute 317000, Elektriker 140000, Eisenbahner (Fahrpersonal) 125000, Maler 107000, Angestellte von Kraftstationen und elektrischen Bahnen 101000, Eisenbahnbureauangestellte 91200, Frauenbekleidungsarbeiter 91000, Musiker 80000, Fuhrleute 78900.

Literatur

Gebräuchs-Alphabete. So betitelt sich eine vom Verlag F. Ullrich & Co. in Leipzig erschienene Sammlung von 80 in Farbendruck ausgeführten Tafeln von älterer wie auch neuerzeitlicher Schriftensorten für den tatsächlichen Gebrauch des Schilbermalers sowie zum Studium der Schule, entworfen von Ludwig Dersch und I. u. s. K. i. t. s. c. Unter den vielen schon herausgegebenen Schriftenwerken können sich die neu vorliegenden Brauch-Alphabete wohl sehen lassen. Die Verfasser sind erfahrene tüchtige Fachleute, durch alle geht ein sicherer, exakter Zug. Es ist nichts „Wesentliches“ zu merken, von bewährter Grundlage über die eigentliche Aufgabe der Schriftmalerei ausgehend, verfolgen sie Ziel: klare, saubere, wirkungsvolle Schrift. Wir wollen nicht zu allen Tafeln kritisch äußern, doch verdienen andere die moderne Kalligraphie (Tafel 1), die in Lateinschrift (8), Gotische Bierschrift (22), Bastard (8), Unziale für Kirchenmaler (9), die aufgelichtete Schrift (4), die aufgelichtete Grottest (7), aufgelichtete Versalien (21), Kannel-Kursiv mit Schatten (17), Rustika mit Schatten (28) besonders hervorzuheben werden; auch Tafel 24, eine ineinandergehobene Blockdruck, ist von guter Wirkung. Der Preis empfehlenswerten Schriftenwertes beträgt 25 M.

Literarisches

„Die Frauenwelt“. Die das ganze deutsche Volk bewegende Frage der Frauenabfindung hat auch dem neuen „Frauenwelt“ ihren Stempel aufgedrückt. Das Titelbild ein Bild grauamiger Wirklichkeit — schwebende Frauen neben hungrigen Gestalten der Schaffenden. Das Buch bringt rücksichtslos die Brandmarkung der unerbittlichen Forderungen und zeigt das Volksgedörm als Weg, die Millionen dem Starb der Frauen zu entziehen, andern Beiträgen bringt das neue Werk wieder eine Reihe von Beispielen, die die Welt wegen der bevorstehenden Wechseln auf Jungmädchen- und Kinderfelder abgeben. Die Frauenwelt ist die Zeitschrift der schaffenden Frau und der vierzehntägig. Jedes Heft kostet 30 Pf., mit Schnittmuster 10 Pf. mehr. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen, Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieb Nachh. in SW. 68.

„Die Gemeinde“. Diese Halbmonatsschrift für soziale Arbeit in Stadt und Land ist immer mehr zum unentbehrlichen Berater aller sozialistischen Gemeindevertreter geworden, man, der in irgend einem Zweig der Gemeindeverwaltung ist, kann diese Zeitschrift heute nicht missen. Das neue Heft 3 eine grundsätzliche Abhandlung über gemeindliche Sozialpolitik. Auch die übrigen Beiträge bringen wichtiges sozialpolitisches Material. Die „Gemeinde“ erscheint wöchentlich und kostet monatlich 90 Pf. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag J. S. W. Dieb Nachh. Berlin SW. 68.

„Lehrbuch des Schachspiels.“ Einführung in alle Zweige des Schachspiels von J. Berger. 5. Auflage. Preis gebunden 12 M. Hesse Verlag, Berlin SW. 15. Ein Lehrbuch und Anweisungen für das Schachspiel besteht gewiß kein Buch. Wenn es J. Berger, der hervorragende Meister und Autor auf allen Gebieten des Schachs, unternommen hat, einen Leitfaden herauszugeben, so leiteten ihn hierbei Gesichts die bisher außer acht gelassen wurden. Der Verfasser ist Elemente des Spiels in knapper und verständlicher Form mit dem Anfänger nicht zu viel auf einmal zu, denkt jede Gelegenheit, ihm einen Einblick in die Tiefen des Schachgewähren und sein Interesse am Schach gefangen zu nehmen. J. Berger unermüdet zu den Schwierigkeiten und des Schachspiels; besonders interessant und original ist die Mittel über Fehlergebnisse, bis er endlich bei der Besprechung der berühmtesten Meisterpartien und Kompositionen landet, das interessante und schon ausgefüllte Buch, das sich als Geschenk eignet, kann allen Freunden des Schachspiels folgen, die es werden wollen, empfinden werden.

Wie man die Bildungsarbeit fördern soll, das ist die Frage, die in der letzten Zeit in der Arbeiterbildung gezielte Anregungen und Anweisungen kann, das zeigt uns in musterhafter Weise die vom Reich für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Zeitschrift „Die Arbeiterbildung“ und die ihr beiliegende „Arbeiterbildung“. Auch das soeben erschienene Heft der „Arbeiterbildung“ bringt nicht nur eine große Anzahl wertvoller sozialistischer und literarischer Neuerscheinungen, es sind auch Dingen durch systematische Führungsartikel durch die Wissensgebiete, durch Veröffentlichung von Kursumfragen usw., allen geistig interessierten Genossen in der Arbeiterbildung und darüber hinaus auch allen, die sich für soziale kulturelle Fragen interessieren, wichtige Anregungen und Hinweise zu geben. Es kann deshalb allen in Frage kommenden Personen nur empfohlen werden, die neue Zeitschrift, die im Preis von 1,50 M für das Vierteljahr bei der Post zu beziehen kann, zu bestellen und Leser für sie zu werden.

Naturfreunde-Kalender 1926. Der Touristenverein Naturfreunde, Reichsleitung für Deutschland, Nürnberg mit Bildern geschmückten Kalender herausgegeben. Bild zeigt ein Naturfreundehaus, die in allen Teilen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz von den Naturfreunden errichtet wurden. Unter den Abbildungen ist kurz angegeben, wo die Häuser liegen, wie sie zu erreichen sind, Größe (Schlafgelegenheit) sie haben und wer sie eingerichtet hat. Die Wanderlustigen, vor allem unsere wanderlustigen Jugend, die dieses Nachschlagewerk der Naturfreunde besitzen, billige Unterkunft gewährt wird anzuschaffen. Preis 1,50 M. Bestellungen sind an den Touristenverein „Die Naturfreunde“, Nürnberg, Webergasse 1, zu richten.

Das deutsche Messwesen in der heutigen sozialistischen und die Leipziger Frühjahrsmesse 1926. Ausführungen des Vorstandes des Messwesens für die Muttermessung in Leipzig, Dr. phil. et jur. R. A. K. H. o. l. e. r., vor einer größeren Anzahl Vertreter der Tagungsversammlung am 12. Januar 1926 im Sitzungszimmer des amtes, Leipzig, Markt 4.

Vom 14. bis 20. Februar ist die 7. Beitrags-

Sterbefälle.

Dresden. Am 8. Februar starb infolge eines Schlaganfalls unser langjähriges treues Mitglied Wenzel W. im Alter von 63 Jahren.

Düsseldorf. Am 26. Januar starb infolge eines Schlaganfalls ganz unerwartet der Kollege Karl Heine im Alter von 55 Jahren.

Halle a. d. S. Am 8. Februar starb unser altes Mitglied, der Kollege Robert Felsberg im Alter von 74 Jahren.

Ohre ihrem Andenken!